

Deutschland.

Berlin, 21. Oktober. Von Paris aus ist die Nachricht verbreitet worden, daß von Seiten Preußens an Oesterreich eine Note gerichtet worden sei, worin das Berliner das Wiener Kabinet um seine Ansicht über die in der schleswigschen Angelegenheit zu treffende Lösung befragt soll. Diese Nachricht ist unbegründet. Wenn eine Lösung in dieser Angelegenheit noch nicht erfolgt ist, so liegt dies an den übertriebenen Forderungen der dänischen Propaganda, die unter „nordschleswigschen Distrikten“ ganz Nordschleswig versteht und die Hesperien der französischen Presse für die Ansichten der französischen Regierung ansieht. Bekanntlich beansprucht die dänische Propaganda Nordschleswig bis Flensburg herab, also einen Landstrich, worin auch Düppel und Alsen liegt, daß aber keine Rede davon sein kann, auch diese wichtigen militärischen Positionen, die in den Händen einer fremden Macht eine ewige Bedrohung der Herzogthümer sein würde, wieder abzutreten, das hat ja auch die preussische Regierung offiziell sowohl im Reichstag als Landtag erklärt. — Mit Rücksicht darauf, daß die spanische Bewegung einen ruhigen Verlauf nimmt und daß das spanische Volk eine große Mäßigung und einen großen Ordnungssinn bewahrt, ist davon Abstand genommen worden, ein Kriegsschiff der norddeutschen Bundesmarine zum Schutze deutscher Unterthanen und deutschen Eigentums an die spanische Küste zu schicken. Nach zuverlässigen Mittheilungen wird beides für nicht gefährdet gehalten. — Die „Provinzial-Korrespondenz“ macht die kurze Mittheilung, daß über die Rückkehr des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck auch bis jetzt noch keine festen Bestimmungen getroffen sind. Diese Mittheilung ist wohl dahin zu deuten, daß die Nachrichten, Graf Bismarck werde bereits zur Eröffnung des Landtags zurückgekehrt sein, noch der Bestätigung bedürfe. — Die heutige „Provinzial-Korrespondenz“ enthält einen Artikel über den Staatshaushalt für 1869 und bestätigt darin die von uns schon früher gemachten Angaben, daß nicht alle Ausgaben durch die Einnahme gedeckt werden können, daß indessen zur Deckung der Ausfälle eine dauernde Mehrbelastung der Bevölkerung etwa durch neue Steuern nicht in der Absicht der Regierung liege. — Der Geh. Ober-Reg.-Rath v. Klübow ist von seiner Urlaubreise zurückgekehrt. — Auch von der liberalen Presse wird jetzt bei ruhiger Prüfung immer mehr anerkannt, daß in den ständischen Vorlagen für die Provinz Hannover zweckmäßige Grundlagen für eine ständische Selbstverwaltung geboten sind. Nach der „Magd. Ztg.“, die sich sonst immer durch Voreingenommenheit gegen das Departement des Innern hervorhob, hat sich auch die „Zeitung für Norddeutschland“, ein in dieser Hinsicht jedenfalls kompetentes Organ, mit Anerkennung über die Vorlagen der Regierung ausgesprochen. Die besonnene Haltung der liberalen Führer Miquel, v. Bennigsen u. s. w. in dieser Angelegenheit ist hierauf wohl nicht ohne Einfluß gewesen. — Um für die zu bildenden Provinzialfonds die erforderlichen Mittel zu beschaffen, haben im Schooße der einzelnen Ministerien bereits Beratungen stattgefunden, welche Verwaltungs- und Fonds von ihnen den Provinzial-Vertretungen überwiesen werden können. Von Seiten des landwirtschaftlichen Ministeriums sind die Ackerbau-schulen dabei in Betracht genommen, während die landwirtschaftlichen Akademien auch ferner von landwirtschaftlichen Ministerium ressortiren sollen. Ein bestimmter Beschluß ist indessen noch nicht gefaßt. — Der Handelsstag beschäftigte sich heute mit der Münzfrage und nahm sämmtliche Anträge seines Ausschusses, die bekanntlich auf Einführung der Goldwährung hinausgehen, an. Die Debatten waren sehr lebhaft und die Abstimmungen über das Einzelne ergaben zum Theil nur sehr geringe Majoritäten. Erwähnenswerth ist hierbei, daß der Geh. Archiv-Rath Nidel, als Vertreter für Halle, beantragt, sich für die Gold- und Silberwährung gleichzeitig auszusprechen und daß dieser Antrag nur mit geringer Majorität zurückgewiesen wurde. Der Handelsstag wird in Anbetracht der vielen Arbeiten, die er noch vor sich hat, heute mit nur einstündiger Pause bis 6 Uhr Abends Sitzung haben. Der spätere Abend ist für das Festmahl bestimmt, das die hiesige Kaufmannschaft den Mitgliedern des Handelstags giebt. — Um die Konzession für den Bau einer Eisenbahn von Franzenstein über Reife nach Cosel mit einer Abzweigung nach Wildenswerth bewirbt sich unter modificirten Bedingungen von Neuem die oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft. Sollte aber mit dieser auch kein Arrangement zu Stande kommen, so sind auch noch andere Bewerber vorhanden, welche den Bau übernehmen wollen, so daß derselbe wohl als gesichert angesehen werden kann.

Berlin, 21. Oktober. Die durch die gestrigen Morgenblätter verbreitete Depesche, welche die Abreise des Königs und des Kronprinzen von Baden-Baden meldet, hat Anlaß zu mancherlei, die Geschäftswelt beunruhigenden Gerüchten gegeben. Um diesen entgegen-

zutreten, melden wir nur, daß im Resseprogramm der hohen Herrschaften der 19. Oktober als der Tag der Abreise von Baden-Baden festgesetzt war, indem sich Sr. Majestät der König zu einer militärischen Festlichkeit nach Darmstadt begiebt, und der Kronprinz nach Schlesien abreist, um den dort stattfindenden Jagden des Herzogs von Braunschweig beizuwohnen.

— Die Königin Augusta wird, wie es heißt, erst nach der Geburtstagsfeier der Großherzogin Marie von Baden über Weimar nach Berlin zurückkehren.

— Die Königin-Witwe hatte gestern die Mitglieder der Königsfamilie zur Tafel geladen.

— Die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin nimmt am Sonnabend einen mehrwöchentlichen Aufenthalt im Schlosse Bellevue.

— Die Prinzessin Marie der Niederlande kam gestern Mittags von Potsdam nach Berlin, stattete der Herzogin Wilhelm im Schlosse Bellevue einen Besuch ab und kehrte alsdann wieder nach Sanssouci zurück.

— Der Entwurf einer neuen Substitutions-Ordnung im Rechtsgebiete der preussischen Gerichtsordnung soll, nach einem Auszug in der „B. u. S. Z.“, folgende abändernde Bestimmungen enthalten: Der Entwurf vermeidet jede unnötige Verzögerung des Verfahrens, sowie jeden unnötigen Kostenaufwand, indem er z. B. die Leitung des Verfahrens mit geringen Ausnahmen in die Hände eines selbstständigen Einzelrichters legt, indem er das sogenante Substitutions-Mandat und den §. 24 der Verordnung vom 4. März 1834 beseitigt, von Aufnahme der bisherigen Taxe absieht, dem richterlichen Ermessen eine Verkürzung der Substitutionsfristen und eine Vereinfachung der Bekanntmachung gestattet, ungenügend begründete Fälle des Widerspruches gegen den Zuschlag nicht beibehält u. s. w. Für den günstigen Ausgang des Verfahrens wird dadurch eine bessere Garantie gewährt, daß er dem durch die Umstände geleiteten richterlichen Ermessen größeren Raum zur Bethätigung in Bezug auf die Substitutionsfristen und die Veröffentlichung des Substitutionspatentes, wie auch hinsichtlich des Orts und der Zeit der Versteigerung einräumt. Der Gläubiger wird gegen nachtheilige Handlungen des Schuldners resp. zahlungsunfähiger Erbschaft in seinen Befugnissen dadurch mehr als bisher geschützt, daß er bestimmte Angaben der Verfügungen der Substitutionseinleitung und deren Ausdehnung auf den Substitutions-Ertrahenten erhält, auch wenn er keine Realforderung hat. Befußs-Gewährung dieses größeren Schutzes sind auch strengere Grundätze in Bezug auf die Kautionsstellung aufgestellt und ist das Recht zur Sequestration des zugeschlagnenen, aber noch nicht bezahlten Grundstücks eingeräumt. In dem neuen Entwurfe sind ferner dem Substitutions-Verfahren sichere, möglichst zu einem Ergebnis führende, die Gefahr nachträglicher Anfechtung des Zuschlags möglichst ausschließender Grundlagen gewährt, theils durch anderweitige Bestimmungen über Ladung der Interessenten, theils durch das mit jeder Substitution verbundene Angebot der Realpräzedenz, so wie durch die Beschränkung der Anfechtungsgründe bei anderweitiger Regulierung der Rechtsmittel. Endlich sind in dem Entwurfe auch die Funktionen des Substitutions- und Prozeßrichters deutlich begrenzt und damit Zweifel beseitigt, welche nicht bloß das Verfahren erschweren, sondern auch Anlaß zu begründeten Angriffen auf den Zuschlag geworden sind.

— In der am Montag stattgehabten Generalversammlung der zur Uebernahme der Lipp'schen Brauerei Friedrichshain gebildeten Gesellschaft wurde der Ankauf mit 163 Stimmen genehmigt und die Hrn. Hünshaus, Giska, Dietrich, Otto Seebö und Rauff zu Mitgliedern des Verwaltungsraths gewählt.

— Zwischen den süddeutschen Staaten Baiern, Württemberg und Baden haben in den letzten Wochen in München neue Verhandlungen über die Bildung einer gemeinsamen süddeutschen Festungs-Kommission stattgefunden, welche soeben zu einer festen Vereinbarung geführt haben. Bei den bezüglichen Verhandlungen und bei dem getroffenen Abkommen scheint der Zusammenhang mit dem Vertheidigungssystem des norddeutschen Bundes, welche für den Kriegsfall durch die Schutz- und Truppbündnisse der süddeutschen Staaten mit Preußen gewahrt ist, entsprechende Berücksichtigung gefunden zu haben.

— In Spanien ist in der letzten Woche keine neue Thatsache von durchgreifender Bedeutung für die weitere Entwicklung eingetreten. Die Regierung wird von dem unter Leitung der Marschälle Serrano und Prim stehenden Ministerium geführt, neben welchem jedoch die vom Volke in Madrid gewählte Junta (Regierungs-Kommission) bisher noch einen bedeutenden Einfluß behauptet. Durch eine Reihe wichtiger Verordnungen ist eine tiefgreifende Umgestaltung der Verwaltung und aller Staatseinrichtungen im Geiste bürgerlicher Freiheit eingeleitet. Die wirkliche Durchführung und Befestigung dieser Anordnungen wird freilich erst der zu errichtenden dauernden Regierung zufallen, über deren Wesen und Gestaltung die Meinungen noch weit auseinandergehen. Die bisherigen Häupter der Bewe-

gung, namentlich die Marschälle Serrano und Prim, sowie der jüngst aus Paris nach Madrid zurückgekehrte frühere Minister Dozaga machen ihren Einfluß vereint dahin geltend, daß ein neues Königthum mit freien Einrichtungen begründet werde. Dagegen tritt in Madrid, wie in Barcelona (welches bei den Umwälzungen in Spanien von jeher eine große Rolle gespielt hat), immer entschiedener eine rein demokratische Partei hervor, welche eine Republik in Spanien zu gründen beabsichtigt. Da die Cortes (die Volksvertreter) erst am 15. November gewählt und erst am 15. Dezember versammelt werden sollen, so ist zu besorgen, daß bis dahin die Keime des Zwiespals noch lebhafter hervortreten. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge bleiben alle Andeutungen über die zu erwartenden Entscheidungen, namentlich auch über die etwaigen Ausichten bestimmter Persönlichkeiten auf den künftigen spanischen Thron durchaus voreilig und ohne jede ernsthafte Bedeutung. Was die europäischen Mächte betrifft, so ist von denselben die entschiedene Absicht zu erkennen gegeben worden, in die Entwicklung der inneren spanischen Angelegenheiten auf keine Weise einzugreifen.

Falkenberg (Oberschlesien), 21. Okt. Der Kronprinz traf heute früh 9 Uhr auf dem Jagd-Platz von Falkenberg ein, wo er von dem Grafen Prashma empfangen wurde. Um 9½ Uhr erfolgte der Aufbruch zur Jagd. Der Kronprinz kehrte bei anbrechender Dunkelheit nach der Stadt Falkenberg zurück und empfing nach dem Diner die Behörden und die Geistlichkeit. Die Stadt war glänzend illuminiert.

Frankfurt a. M., 21. Oktober. Der Prospektus der finnländischen Prämien-Anleihe erscheint morgen. Zeichnungen nimmt das Bankhaus Erlanger & Söhne bis zum 27. Oktober entgegen.

Kiel, 21. Oktober. In der vergangenen Nacht ist die Glatte-Korvette „Medusa“ nach Japan abgegangen. Die Dauer der Reise ist auf zwei Jahre festgesetzt. Im nächsten Jahre wird ein größeres Kriegsschiff dorthin abgehen.

Neudenburg, 21. Oktober. In das Comité zur Beratung des Antrages Skau wurden gewählt: der Antragsteller, sowie die Herren Lassen, Bockelmann u. s. w. Wahlfeldt.

Die Frage, ob Neudenburg zu einem Waffenplatz umgeschaffen werden solle, ist jetzt durch Kabinetts-Ordre dahin entschieden, daß die Stadt nicht befestigt wird.

Hamburg, 10. Oktober. Auswandererbeförderung. Im Monat September wurden 9 Schiffe mit 3617 Auswanderern direkt von hier befördert, nämlich 197 nach Brasilien und 3420 Newyork. Von hier über Liverpool wurden 372 Personen durch die indirekt verkehrenden Expedienten nach Newyork gesendet. Es wurden demnach im Monat September von hier befördert: direkt 3617, indirekt 372, im Ganzen 3989 Passagiere. — Im Monat August wurden befördert: 3687, im Juli 4301, im Juni 5174, im Mai 9657, im April 7840, im März 3300, im Februar 774, im Januar 413, mithin seit Anfang dieses Jahres 39,135 Passagiere, gegen 33,474 Passagiere in demselben Zeitraum des vorigen Jahres.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 18. Okt. Von den schwedischen Dienstboten sind bereits einzelne auf verschiedenen Gütern eingetroffen. Die Mädchen erhalten an Jahreslohn 17 Speziesthaler, die Knechte 21 bis 22, die Jungen 12 Speziesthaler. Außerdem bestreitet die Herrschaft, welche sie in Dienst nimmt, die Kosten der Ueberfahrt, welche ungefähr 7½ Speziesthaler bis Lübeck betragen. Die Dienstboten verpflichten sich zu einem mindestens jährigen Dienst, doch können sie von der Herrschaft schon früher gekündigt werden. An ihnen wird das ruhige, fleißige Wesen und die Folgsamkeit und Treue gerühmt. Von der deutschen Sprache verstehen sie soviel, daß eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

München, 20. Oktober. Der Entwurf eines Gesetzes, die Aufhebung der Schuldbarkeit betreffend, mit dessen Bearbeitung Herr Ministerialrath Dr. Weiss betraut war, ist vollendet und dürfte eine der ersten Vorlagen an die Kammer bilden. — In den juristischen Kreisen des Königreichs wird jetzt eifrig für die Freigabe der Advokatur agitiert. In einer kürzlich zu Nürnberg abgehaltenen Versammlung jüngerer Juristen wurde eine dahin zielende Petition den Kammer vorgelegt, die schließlich nach längerer Debatte in folgender Fassung angenommen wurde: „1) Die Freigabe der Advokatur ist eine anerkannte Forderung des Rechtsstaats. 2) Das Prinzip des Rechtsstaats ist in Baiern von Regierung und Volksvertretung adoptiert; es ist so nach Pflicht beider, diese als unabweisbares Bedürfnis allseitig anerkannte Forderung zu erfüllen. 3) Ein Aufschub der Freigabe der Advokatur ist durch die Aussicht auf einen neuen Civilprozeß nicht gerechtfertigt; es steht der geltenden Prozeßordnung das Prinzip der freien Advokatur nicht entgegen.“ Dem Comité, welches mit der Geschäftsleitung definitiv beauftragt ist, wurde der Entwurf der Petitionen übertragen und die Einleitung

weiterer Schritte anheimgegeben. Die Versammlung war von dem einmüthigen Geiste besetzt, und alle Redner verwarfen mit gleicher Energie jeden weiteren Aufschub der so dringenden Erneuerung.

Ausland.

Wesl, 21. Oktober. Die Pesther Eisenbahn-Konferenz hat den Beschluß gefaßt, den Tarif für Getreide-Transporte auf der Route Pesth-München-Rehlfeld-Strasbourg-Paris auf ca. 2 Frs. per Tonne billiger festzustellen, als auf der Route Ofen-Wien-Köln und beziehentlich Paris.

Genf, 21. Oktober. Gestern wurde der Entwurf der Zusatz-Artikel zum internationalen Sanitäts-Konferat unterzeichnet.

Bern, 18. Oktober. Die völlige Trennung der „Sozialrepublikaner“ in Genf von den Radikalen ist eine Erscheinung, welche unter Umständen für die Parteibildung der gesammten Schweiz prototypisch werden kann, und sicher werden wird, sobald die Agitatoren, die jetzt etwas in Schrecken gerathene Revisionsbewegung in neuen Fluß zu bringen versuchen sollten. In diesem Fall werden wir die Arbeiter nur gegen bestimmte Konzessionen sich betheiligen sehen. Die Zeit der einseitigen politischen Parteibewegungen dürfte nun wohl auch in der Schweiz für immer vorüber sein. In Genf scheinen die Sozialisten wirklich einige Aussicht zu haben, mehrere ihrer Kandidaten für den großen Rath durchzusetzen. Die Niederlage des Radikalismus dürfte größer werden als je. Hr. Fazy und die wenigen ihm noch treu gebliebenen Selten sollen in gelinder Verzweiflung sein. Auch die Independents sind in großer Sorge und haben alle Ursache dazu; ist doch diese Partei, welche in Wahrheit niemals ein positives Programm hatte, ohne allen inneren Halt. Man hofft für morgen wieder eine Sitzung der so lange unterbrochen gewesenen internationalen Konferenz, überall aber werden Zweifel an dem Gelingen ihrer Pläne ausgesprochen. — Aus Madrid erfährt man, daß der König schon vor Wochen offen an der Hofstafel wiederholt die Ansicht ausgesprochen, es werde wohl mit ihm und der Königin dem Ende entgegengehen. Die Ereignisse haben gezeigt, daß Sr. Majestät ein offener Blick in die Zukunft vergönnt war, freilich wohl zu einer Zeit, wo das unerbittliche Schicksal nicht mehr in seinem Laufe aufzuhalten war. — Zum ordentlichen Professor der Physik und Direktor der Sternwarte in Bern ist Dr. R. Paalzow, bisheriger Professor an der Artillerie-Ingenieurschule und Privatdozent an der Universität zu Berlin berufen. Der norddeutsche Gesandte, General v. Röder, weilt noch in Genf, wo ihm aus der Zeit eines früheren Aufenthalts in Begleitung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Alexander noch eine große Anzahl Freunde lebt. So viel ist sicher, Herr v. Röder gehört zu den populärsten unter den fremden Gesandten in der Schweiz und sein überaus leutseliges Benehmen mehrt täglich die Zahl seiner Bewunderer.

Paris, 21. Oktober. Wie es heißt, hat Rouher abgelehnt, das ihm angetragene Ministerium des Innern zu übernehmen. — Emil Girardin wird morgen nach Madrid abreisen. — Nach Berichten aus den Loire-Departements haben daselbst große Ueberschwemmungen stattgefunden, welche bedeutenden Schaden verursachten. — Die „Gazette de France“ versichert, daß der König Ferdinand, Vater des Königs von Portugal, auf vertrauliche Anfragen erklärt habe, daß er die Krone von Spanien nicht annehmen werde und auch für seine Söhne dieselbe Erklärung abgeben könne.

Florenz, 21. Oktober. Die Stadt Neapel hat eine Prämien-Anleihe von 16 Mill. Francs beschossen; dieselbe soll steuerfrei sein und in der Form von Obligationen, jede à 150 Frs., verzinslich mit 4½ pSt., emittirt werden. Die Subskription soll in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Leipzig und anderen Plätzen erfolgen.

Dover, 21. Oktober. Die Kronprinzessin von Preußen ist heute Nachmittag gegen 4 Uhr mit dem Räderdampfsboot „Entantref“ hier angekommen und hat um 5 Uhr ihre Reise nach St. Leonards mittelst Extrazuges fortgesetzt.

Madrid, 21. Oktober. Die Junta von Madrid hat der Regierung die Abschaffung der Todesstrafe und die Errichtung von Strafsolonien in den afrikanischen und asiatischen Besitzungen Spaniens empfohlen. Die Bagnos auf der Halbinsel selbst sollen nach dem Vorschlage der Junta aufgehoben und der aus dem Verkaufe derselben hervorgehende Erlös für den Bau neuer Strafsolonien in den überseeischen Besitzungen verwendet werden. — Mehrere Provinzial-Juntas erklären sich für aufgelöst. — Ein Dekret des Kriegsministers begnadigt die Soldaten, welche wegen ihrer Betheiligung an der Revolution von 1866 zu den Galeeren und zum Strafdienste in den überseeischen Besitzungen verurtheilt waren. Die Angabe der „Gazette de France“ in Betreff der Verurtheilung des Königs Ferdinand auf die Krone Spaniens ist offiziell nicht bestätigt. — Es heißt, daß die Königin Isabella demnächst ein zweites Manifest erlassen werde.

Kopenhagen, 17. Oktober. Im Landsting war ein mit dem des Volkstings gleichlautender Adressentwurf eingebracht worden, in welchem nur der im Sinne der Bauernpartei über die finanzielle Lage des Landes sich äußernde Schlusssatz fehlt; derselbe ward heute nach wenigen Bemerkungen Hafners und D. Lehmanns in einmaliger Beratung einstimmig angenommen. Nicht so glatt wickelte sich die Sache im Volksting ab, wo der Entwurf, wie man jetzt sieht, nicht aus einer vorgängigen Privatberatung der verschiedenen Parteien hervorgegangen, sondern von zwei Gruppen, den Grundtvigianern und der Mittelpartei, auf eigene Hand eingereicht worden ist. In der heutigen Verhandlung des vom Vornann gestellten Antrags, die Adresse einer einmaligen Beratung zu unterwerfen, erhob ein Theil der Bauernfreunde unter J. A. Hansen bestimmten Widerstand und verlangte die Niederlegung eines Ausschusses, damit die Verhandlungen nicht allzu weitläufig würden und Schwierigkeiten verschiedener Art verursachten. Verschiedene Aenderungsvorschläge wurden von J. A. Hansen angekündigt, die ein Ausschuss erst prüfen müsse, „weil sonst die Verhandlung einen unerquicklichen Ton annehmen könnte.“ Sein Vorschlag ward indes mit 58 gegen 52 Stimmen verworfen, und die einmalige Verhandlung wird nun übermorgen stattfinden. Wahrscheinlich werden sich die Aenderungsvorschläge nur auf den finanziellen Schlusssatz beziehen, da der erstere Theil der Adresse schon im Landsting endgültig angenommen ist. In diesem letzteren war der Vornann heute beauftragt, nicht nur die Adresse dem König, sondern auch dem Kronprinzen den Glückwunsch des Hauses zu seiner Verlobung zu überbringen. Für den Gesetzentwurf, betreffend eine außerordentliche Steuer, ward gestern im Volksting nach längerer Verhandlung ein Ausschuss von 9 Mitgliedern erwählt; der Finanzminister erklärte, daß die Annahme des Gesetzes eine Bedingung sowohl für die Fortsetzung seiner Amtsführung, als auch für die Vollendung der Eisenbahnarbeiten sei.

Kopenhagen, 21. Oktober. In der Antwort des Königs auf die Adresse des Reichstages heißt es: Der König erblicke mit Genugthuung in dieser Adresse den Ausdruck der alten Treue gegen ihn und sein Haus, sowie der Uebereinstimmung zwischen Volk und Regierung in den Fragen der auswärtigen Politik.

Fredrikshavn, 21. Oktober. Folgende bei Rasoe gefrandete und durch dessen Bewohner wieder flott gemachte Schiffe, die Galliot „Ostris“, Kapitän Lind von Papenburg, „Frits of Forts“ nach Danzig mit Kohlen, Galliot „Wendeling Jacoba“, Kapitän Pott, von Antwerpen nach Danzig mit Petroleum, wovon circa 200 Fässer gerettet wurden, sind hier eingetroffen.

Petersburg, 15. Oktober. Ein Ukas vom 13./1. d. M. befiehlt, daß in allen öffentlichen Lombarbanstalten die Pfänder bis zur Höhe von 3 Rubel auf Kosten der Kaiserlichen Chatsulle eingekauft und den Eigentümern zurückgestellt werden sollen; es ist dies ein Akt der Gnade zur Abhilfe der Noth unter den niederen Klassen, und zugleich ein Beweis der Zufriedenheit mit dem enthusiastischen Empfang des Kaisers bei seiner Rückkehr aus dem Auslande. Die Kaufmannschaft hat bei dieser Gelegenheit 12,500 Rubel für die Armen der Stadt zusammengeschossen. Das Proletariat, an dem die Kulturleiden seit lange leiden und das Ausland bis zum Jahre 1861 nicht gekannt, wächst in erfränklicher Weise und besonders in der Hauptstadt, wo in diesem Jahre gegen 12,000 Arme mehr als im vorigen Jahre der Almosen-Verwaltung von der Sanitätspolizei überwiesen worden sind. Der Mittelstand, den wir bisher nur in geringer Bedeutung besaßen, der aber durch die Aufhebung der Leibeigenschaft sich herausbilden und wachsen sollte, verschwindet fast gänzlich und wir werden bald nur noch Reiche und Bettler und zwar letztere in besorgniserregender Menge haben. Wenn noch von einem Mittelstande überhaupt die Rede sein kann, so bilden diesen etwa die Deutschen, die meist in guten und geordneten Verhältnissen leben, aber die zunehmende Verarmung der niederen Bevölkerung nicht aufhalten können.

Newyork, 21. Oktober. Das demokratische National-Comité hat gegenüber den Gerüchten, daß eine Agitation angeregt sei, den Oberrichter Chase an Stelle Seymour's als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, erklärt, daß die demokratische Partei ihre Kandidaten beibehalten werde. Gleichzeitig hat das National-Comité einen Aufruf erlassen, in welchem es die erste Unterstützung der Kandidaten dringend befürwortet.

Vommern.

Stettin, 22. Oktober. Seit heute früh haben sämtliche hiesige Droschkenbesitzer nach vorheriger Kündigung ihre Funktionen wirklich eingestellt und erblickt man auf keinem Halteplatze eine Droschke. Es entspringt hierdurch augenblicklich, namentlich auch für den Fremdenverkehr, allerdings manche Unbequemlichkeiten, indessen darf wohl erwartet werden, daß der Strike nicht von langer Dauer sein wird.

Bei der vor ca. 6 Monaten erfolgten Konkurs-Eröffnung über das Vermögen der großen Zuckersabrik zu Bredow stellte sich der Stand der Aktien als ein sehr schlechter heraus, denn es wurden den Gläubigern nur drei Prozent als Abfindung geboten; wohl aber war eine wesentliche Aenderung dieses Verhältnisses zu erwarten, wenn es gelang, einen sehr beträchtlichen Aktienvorposten, welcher der preussischen Bank für den von ihr bewilligten Kredit verpfändet war, für die Masse zu vindizieren. Es wurde denn auch vom Massen-Kurator gegen die Bank auf Herausgabe dieser ver-

pfändeten Objekte geklagt und wirklich ist, wie der „B. B.-Z.“ von hier geschrieben wird, der Prozeß in erster Instanz soeben gegen die Bank entschieden worden. Daß gegen dies Erkenntniß Appellation eingelegt werden dürfte, scheint bei der Bedeutendheit des Objektes nicht zweifelhaft.

Ein Zweig der Postverwaltung schwebt in einem merkwürdigen Dualismus, aus welchem ihn der preussische Landtag und der norddeutsche Reichstag am Ende befreien werden. Es ist dies nämlich das „Gesetzsammlungs-Comptoir“ und das „Zeitungs-Comptoir.“ Früher waren beide Stellen vereinigt und sind es auch noch; sie haben denselben Vorsteher, dieselben Bureau-beamten u. s. w., und doch ist das erstere ein spezifisch-preussisches, dem preussischen Staatsministerium rechnungsmäßig untergebenes Institut, während die nächste vorgesezte Behörde des Gesetzsammlungs-Comptois das General-Postamt des norddeutschen Bundes geblieben ist. Das Zeitungs-Comptoir ist dagegen ein Institut des Bundes und dem Bundeskanzleramt in der höchsten Instanz untergeben. Das Zeitungs-Comptoir hat auch demgemäß seine frühere Bezeichnung „Königl.-preussisch“ abgelegt, während diese dem anderen Comptoir von Rechtswegen zukommt. Dieses andere Comptoir hat freilich jetzt nur mit der Herausgabe, Verfertigung u. s. w. der Gesammmlung zu thun, die Verfertigung erfolgt aber durch die Post ohne Provision. Dazu kommt, daß das Bundes-Gesetzblatt, welches mit der preussischen Gesammmlung doch nichts gemein hat, den Abonnenten der letzteren jetzt unentgeltlich geliefert wird.

Nach neuerer Ministerial-Erklärung ist derjenige, welcher aus dem Ausdreschen des Getreides durch Lokomobile außerhalb seines Wohnortes ein Gewerbe macht, zur Lösung eines Gewerbescheines dann verpflichtet, wenn die erwähnten Dienstleistungen im Umherziehen angeboten, oder wenn von dem Führer der Lokomobile auch solche Aufträge ausgeführt werden, die ihm außerhalb seines Wohnortes unterwegs zugehen. Dagegen liegt in den Fällen, in welchen die Dreschmaschine auf vorherige Bestellung am Wohnorte des Führers oder Inhabers nach einer bestimmten Arbeitsstelle gebracht und auf dieser die bestellte Arbeit verrichtet wird, ein gewerblich-empfindlicher Verkehr im Umherziehen nicht vor.

Die Entlassung der Kinder aus den Elementarschulen ist Gegenstand der Entscheidung des Obertribunals geworden. Die Gesetzeskraft habende Kabinetts-Ordre vom 14. Mai 1825 schreibt vor, daß der regelmäßige Schulbesuch in den Elementarschulen so lange fortgesetzt werde, bis das Kind, nach dem Befunde des Geistlichen, die notwendigen Kenntnisse erworben hat. Dagegen setzt ein unter dem Kaiserlichen Ministerium ergangenes Rescript vom 11. Juni 1855 die Entlassung erst mit dem 14. Lebensjahre fest, beschränkt also das Gesetz. Das Obertribunal hat nun durch Erkenntniß entschieden, daß die Forderung des Ministerialrescripts dem Gesetze gegenüber keine Geltung haben könne. Danach können die Eltern die Entlassung ihrer Kinder aus der Schule mit der Zeit fordern, da sie die notwendigen Kenntnisse erlangt und bei dem Dazwischentreten der Verwaltungsbehörden Rechtshilfe in Anspruch nehmen.

Gestern Abend gelang es einem unserer Kriminalpolizeibeamten, in der Person des Arbeiters Müller aus Scholwin einen Menschen zu verhaften, der sich auf dem Markte ohne Geld mit den verschiedensten Gegenständen reichlich verjort hatte. Der Besitz von einem Paar großer besonders kennlicher Aufziehfüßel, die er einige Stunden vorher aus einer Schuhmacherebude auf dem Paradeplatz gestohlen hatte, und mit welchen er sich demnach dreißig in der Nähe des Bestohlenes blicken ließ, war die Veranlassung, daß der Beamte ihn anhielt und fanden sich bei dem M. 8 Paar Stiefel, 2 Paar Schuhe, wollene Damen-Kapuzen und verschiedene sonstige Gegenstände vor, die er, wie er nach seiner Hastnahme bekannte, sämtlich gestohlen hatte. Seine Mühe wird jedenfalls schlecht belohnt werden.

Pyris, 21. Oktober. Die Altstadt ist, wie bereits im gestrigen Abendblatte gemeldet, gestern Abend von einem größeren Brande heimgesucht worden. Das Feuer, welches sich in der Scheune des Bauerhofsbesizers Bobith entwickelte, fand durch den frischen Wind in den zum größten Theil mit Stroh gedeckten Wohngebäuden, Scheunen und Stallungen reichliche Nahrung, so daß es zu bewundern bleibt, daß nicht die ganze Altstadt abgebrannt ist. Die Spritzen haben allerdings ihr Möglichstes dagegen geleistet; es sind 16 Gebäude, darunter mehrere Scheunen mit dem Ernteseigen in Asche gelegt.

Bermischtes.

Berlin. Vor einiger Zeit verließ der Sohn eines hiesigen Kaufmanns sein väterliches Haus und seine Heimath, weil er sich mit dem Herrn Papa nun einmal nicht stellen konnte. Er hatte sowohl in politischer wie in sozialer Beziehung Gefinnungen, die denen seines Vaters direkt entgegen waren; man schied daher auch ohne großes Bedauern von einander, und seit der Zeit hatte der Vater von seinem Sohne auch nichts weiter vernommen, als daß er sich in Paris aufhalte. Endlich vor 14 Tagen fuhr vor des Kaufmanns Haus eine glänzende Equipage vor, derselben entstieg der Hr. Sohn aus Paris, eilte die Treppe zur Wohnung hinauf, öffnete die Thür — und in den Armen lagen sich Vater und Sohn. Nachdem die erste zärtliche Begrüßung vorüber war, fragte der Vater den äußerst nobel einhersehrenden Sohn, was er eigentlich in

Paris treibe und welche Geschäfte ihn hierher nach Berlin führten. We mit Wasser begossen stand er aber da, als der Herr Sohn ihm mittheilte, er sei einer der ersten Concanzänger in Paris, und ein in Paris un- längst anwesender Berliner, der ein äußerst prachtvolles Vergnügungslokal besitze, habe ihn für sein Etablissement als Chef einer Cancan-Tänzer-Gesellschaft engagirt. Seit dem Augenblick dieser Mittheilung ist der Zwiespalt zwischen Vater und Sohn ein unausgleichbarer für alle Zeiten.

Bonn, 17. Oktober. Die aus dem Nachlasse des Prinzen Max von Weid stammende Büchersammlung, welche bekanntlich Sr. Durchlaucht Prinz Wilhelm von Weid unter Genehmigung seiner Fürstlichen Mutter der hiesigen Universitäts-Bibliothek zum Geschenk gemacht hat, ist von Neuwid hierher übergesiedelt worden. Diese Sammlung ist auf dem Gebiete der beschreibenden Zoologie und Reiseliteratur in Deutschland namentlich durch zahlreiche englische und französische Prachtwerke ausgezeichnet.

Herford. Das hiesige Postamt veröffentlicht folgende, das tragische Ende des Postexpedienten Flear betreffende Berichtigung: „Im Juli d. J. ging beim hiesigen Postamte eine Postanweisung über 9 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. von Rheda ein, deren Betrag an den Adressaten nach dessen Versicherung von dem mit dem Auszahlungs-geschäfte beauftragten Herrn Flear ausgezahlt ist. Bei der von der Ober-Postkasse in Minden geführten Kontrolle ergab sich, daß die Postanweisung nicht mehr auf 9 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf., sondern auf 9 Thlr. 13 Sgr. 9 Pf. lautete, und es wurde durch den von der Ober-Post-Direktion in Minden ohne irgend welche Einwirkung des hiesigen Post-Amtes abgeordneten Aufstichbeamten ermittelt, daß der ursprüngliche Betrag von 9 Thlrn. 9 Sgr. 9 Pf. in drei verschiedenen Büchern des hiesigen Post-Amtes nachträglich ebenfalls in die Zahl von 9 Thlrn. 13 Sgr. 9 Pf. umgeändert war. Da das Anlufsbuch über Postanweisungen, in welches die ausgezahlten Postanweisungen eingetragen werden, an dem betreffenden Tage ausschließlich von dem Herrn Flear geführt war und die andern Bücher ihm zugänglich gewesen waren, so gab dies ohne irgend einen vorherigen Antrag des hiesigen Postamtes der Ober-Post-Direktion in Minden Veranlassung, der Staatsanwaltschaft davon Mittheilung zu machen, und derselben anheimzustellen, ob etwa gegen den Herrn Flear eine Untersuchung wegen Urkundenfälschung einzuleiten sei. Gleichzeitig setzte die Ober-Postdirektion den unterzeichneten Postamts-Vorsteher von dieser Maßregel in Kenntniß. Beide Schreiben, sowohl das an die Königl. Staats-anwaltschaft in Bielefeld, welches irthümlich nach hier adressirt war, als auch das an den unterzeichneten Postamts-Vorsteher, kamen vor dem Verschwinden des Hrn. Flear, in der Nacht vom 23. zum 24. September d. J. während welcher Herr Flear den Nachdienst versah, auf dem hiesigen Postamte an, sind aber nicht an ihre Adressen gelangt, weil Herr Flear sie an sich genommen und, wie Augenzeugen gesehen haben wollen, auf freiem Felde zerrissen hat. Ein ablehnender Bescheid der Kgl. Staatsanwaltschaft auf jenes Schreiben der Ober-Post-direktion konnte hiernach nicht ergehen, und hat auch das hiesige Postamt von dem Verbleib überhaupt erst nach dem Verschwinden des Herrn Flear Kenntniß erhalten. Hiernach kann ein Verfahren des hiesigen Postamts gegen den Hrn. Flear nicht die Veranlassung zu seinem bedauerlichen Ende gewesen zu sein und beruhen die der obigen Darstellung entgegenstehenden Mittheilungen auf Unwahrheit. Postamt Herford, Wichmann.“

Hildesheim, 18. Oktober. Gestern fand, der „H. A. Z.“ zufolge, eine Abtheilung des hiesigen Militärs, welche bei dem Aufwerfen eines neuen Schießstandes am Galgenberge beschäftigt war, daselbst innerhalb des Fortwärtersbaues (im sog. Pappenheim's Lager) eine große Anzahl, drei Schießkarren voll, silberne Geräte, als Schüsseln, Tellern, Pokale u. s. w., die zum Theil eigenthümlich geformt und mit verschiedenen Verzierungen versehen sind. Der Fund befand sich zur Zeit in Obhut des Militärs und wird einer gründlichen Reinigung von dem anhängenden Schmutz unterworfen, worauf sich dann ein Urtheil über den Kunstwerth der Geräte und die Zeit, aus welcher sie stammen, wird fällen lassen.

Medleburg. (St.-B.-Z.) Das Ungeheuerlichste, was die Umgehungs-kunst in Betreff des Bundes-freiwilligkeitsgesetzes leisten konnte, hat der Bürgermeister der Stadt Waren, Namens Schlaaf, geleistet, indem er am 6. d. M. eine Verordnung nachstehenden Inhalts veröffentlichte: „Es wird hierdurch die Vorschrift in Erinnerung gebracht, daß kein hiesiger Hausbesitzer bei Vermeidung willkürlicher Strafe und sonstigen Einschreitens lediglichen Personen ohne zuvor eingeholte Erlaubniß eine Wohnung vermieten darf.“

Aus Altbaiern erzählt der „Nürnb. Korresp.“ folgende propre Geschichte: Eine noch ziemlich junge Frau beichtete bei einer Jesuitenmission einem Jesuiten. Er fragte sie: wie alt sie sei, ob verheiratet, wie viel Kinder sie habe u. s. w. Als sie sagte, daß sie 26 Jahre alt, 7 Jahre verheiratet sei und zwei Kinder habe, donnerte er sie an, daß dies zu wenig Kinder seien auf eine so lange Zeit, und wollte sie nicht absolviren. Im Grunde möchte man doch zu wissen neugierig sein, was den Jesuiten die eheliche Thätigkeit der jungen Frau künmerkte, und woher er vermuthete, daß gerade sie an den „nur zwei Kindern“ schuld sei. Der Orden des Ignatius Loyola ist wohl auf dem Posten, wo es Erbischleiden und Profestymachen gilt, daß er aber „zur größeren Ehre Gottes“ auch die Kinderzeugung überwachet, das ist neu.

Newcastle ist so eben der Schauplatz eines großartigen Betrages gewesen, der durch mehrere auch in Berlin bekannte Deutsche verübt worden ist. In London etablirte sich vor einiger Zeit eine Firma „Schade, Risemann u. Co.“, die auch hier in Berlin vier verschiedene Bureau unterhielt und diese dazu benutzte, von London hierher und von hier nach London zu resigniren. Der Socius dieser Firma, unter dem Namen Risemann, soll nun kein anderer sein, als der berühmte Stettiner Kaufmann Eduard Wellmann, der aus dem Stettiner Gefängniß, in das er betrügerischen Bankerotts wegen gebracht worden war, durchgebrochen ist, und seinen Weg nach London gefunden hat. Die andern Socien jener Firma sollen die Namen Kantat und Betjak führen. Besagte Firma hat nun, die in Newcastle herrschende Ufance eines 14tägigen Credits für Waaren zur Verschiffung benutzend, an jenem Ort eine Ladung Zinn gekauft, einen Dampfer nach Rio Janeiro gechartert, die Kommoisements hierüber dreimal, natürlich in gefälschten Abschriften, verpfändet, hierfür im Ganzen 200,000 Pfd. Sterl. eingenommen, und ist dann mit Maus und Mann mit dem betreffenden Dampfer durchgegangen, auf welchem sie sich außerdem kurz vorher 1000 Flaschen Most u. Chandon hatten aus Frankreich kommen lassen. Hoffentlich gelingt es, das Schiff mit der Gaunerbande zu fangen, da bereits ein englischer Regierungsdampfer auf dasselbe Jagd macht.

Pyrmont, 17. Oktober. Eine furore Dachs-jagd fand heute in der hiesigen großen Allee in einem der besuchtesten Restaurations-Lokale statt. Dasselbe liegt in unmittelbarer Nähe des Konversationshauses und des Musfischloos. Unter einem großen Fenster mit Spiegelscheiben, welches nach der erwähnten Promenade geht, hatte sich Meister Grimbart zur Abhaltung seines Winterschlafes einquartiert. Zu dieser von ihm ohne Zuziehung des Wirtbes gemieteten sonderbaren Winterwohnung gelangte er durch in der Mauer angebrachte Lüftungslöcher, welche zur Lüftung des Kellers dienten. Bei der heute am hellen lichten Tage stattfindenden Heimkehr des stillen Miethers wurde er leider bemerkt. Unter außerordentlichem Vergnügen der im Restaurations-Lokale versammelten Gäste wurde der Dachs ausgegraben, der sich unter der höhernen Fensterfüllung schon ein weiches Winterlager hergerichtet hatte. Der Arme mußte leider das unbefugte Beziehen einer ohnehin leerstehenden Lokalkat mit dem Leben büßen.

Schiffsberichte.

Zwienmünde, 21. Okt. Angekommene Schiffe: 17. Mai, Sie von Stavanger. Annette, Engel von Bergen. Carl, Albrecht von Danzig. Carl, Peterfen von Charlstown. Ghella, Burnett von Widdlesboro. Zebis, Taal von Newcastle. Catharina Elisabeth, Leber von Sunderland. Wilhelmine, Scharing von Rügenwalde. Carl Julius, Gramow von Memel. Willy, Schellbasse von Liverpool. Nestor, Wendt; Eleonore, Klemm von Sunderland. Succes, Behrend; Electra, Ziecke von Newcastle. Asia, Juchter von Cardiff. Borussia, Niemann; Vorwärts, Kraft von Charlstown. Wale, Coers von Bergen. Ventura, Pherfen von Stonehamen. Lord Clyde, Lyall von Gardentown. Fäitlike, Stephen von Fästerburg. Anna, Kunsen von Stavanger. Ernestine, Peit-hoff von Sunderland. Germania Maria, Nunk von Helsingborg.

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Oktober. Witterung: trübe. Temperatur + 8°. Wind: N. An der Börse. Weizen still, pr. 2125 Pfd. loco gef. inländ. 71 bis 73 $\frac{1}{2}$ bez., feiner 73 $\frac{1}{2}$, 74 $\frac{1}{2}$, bunter polnischer 70-72 $\frac{1}{2}$, ungar. 62-68 $\frac{1}{2}$, nach Qualität, weißer 73-77 $\frac{1}{2}$, 83-85 $\frac{1}{2}$ pr. Oktober 72 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 68 $\frac{1}{2}$, 68 $\frac{1}{2}$ bez., Br. u. Gd. Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco posen. 56, 56 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, feiner pomn. u. märk. 57 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 57 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez., Oktbr.-November 55 $\frac{1}{2}$, 55 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 51 $\frac{1}{2}$, 51 $\frac{1}{2}$ bez., Br. u. Gd. Gerste fest, pr. 1750 Pfd. loco Oberbrucher und märk. 44, 54 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, ungar. ger. Futter 43-45 $\frac{1}{2}$, bessere 46-48 $\frac{1}{2}$, feine 49-51 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$. Hafer fester, loco pr. 1300 Pfd. loco 36, 36 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 36 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., Frühjahr 35 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br. Erbsen ohne Umflag. Rübsl wenig verändert, loco 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., 9 $\frac{1}{2}$ bez., von der Bahn 9 $\frac{1}{2}$ bez., Oktober 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., Oktober-Novbr. 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Gd., Nov.-Dezbr. do., April-Mai 9 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., 9 $\frac{1}{2}$ Gd. Spiritus behauptet, loco ohne Faß 17 $\frac{1}{2}$, 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., pr. Oktober 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., Oktober-November 16 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Gd., Fräjl. 16 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd. Angemeldet: 100 Wsfl. Weizen, 40,000 Quart Spiritus, 500 Centner Rübsl, 100 Barrels Petroleum. Reaflirungs-Preise: Weizen 72 $\frac{1}{2}$, Roggen 57 $\frac{1}{2}$, Rübsl 9 $\frac{1}{2}$, Spiritus 17 $\frac{1}{2}$.

Telegr. Depeschen der Stett. Zeitung.

Berlin, 22. Oktober. Staatsanleihe 81 $\frac{1}{2}$. Staats-Anleihe 4 $\frac{1}{2}$, % 95 $\frac{1}{2}$. Bonn. Pfandbriefe 84 $\frac{1}{2}$. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 129. Meckl. Eisenbahn-Aktien 75. Ober-schlesische Eisenbahn-Aktien 188 $\frac{1}{2}$. Stargard-Besener Eisenbahn-Aktien 94 $\frac{1}{2}$. Oesterr. National-Anleihe 55 $\frac{1}{2}$. Oesterr. Reichsbanknoten 88 $\frac{1}{2}$. Russ. Noten 84 $\frac{1}{2}$. Amerikaner 6 $\frac{1}{2}$, 78 $\frac{1}{2}$. Hamburg 2 Mt 150 $\frac{1}{2}$. London 3 Mt 23 $\frac{1}{2}$. Paris 2 Mt 80 $\frac{1}{2}$. Wien 2 Mt 87 $\frac{1}{2}$. Petersburg 3 W. 92 $\frac{1}{2}$. Cofel-Oberberger 113 $\frac{1}{2}$. Lombarden 109 $\frac{1}{2}$. Weizen still, pr. Oktober 68, 67 $\frac{1}{2}$. Roggen ruhig pr. Oktober 59, 58 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober-Novbr. 55 $\frac{1}{2}$, 55 $\frac{1}{2}$, pr. April-Mai 51 $\frac{1}{2}$, 51. Rübsl fest, loco 9 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 9 $\frac{1}{2}$, 9 $\frac{1}{2}$, April-Mai 9 $\frac{1}{2}$. Spiritus flau, loco 17 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 17 $\frac{1}{2}$, 17 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober-Novbr. 16 $\frac{1}{2}$, 16 $\frac{1}{2}$, pr. April-Mai 16 $\frac{1}{2}$, 16 $\frac{1}{2}$. Petroleum loco 7 $\frac{1}{2}$. Hafer pr. Oktober 31, pr. April-Mai 31. Amsterdam, 21. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen loco ruhig. Roggen loco behauptet, pr. Oktbr. 210, pr. März 200. 50, pr. Mai 201, 50. Rübsl loco 39, pr. Herbst 30 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 31 $\frac{1}{2}$. Leinöl loco 58 $\frac{1}{2}$, pr. Herbst 31 $\frac{1}{2}$, pr. Frühjahr 31 $\frac{1}{2}$. Raps loco 58, pr. September 1863 62 $\frac{1}{2}$. Rübsl pr. Herbst 1863 33. Antwerpen, 21. Okt. (Schlußbericht.) Petroleum höher, weiße Type loco 50-50 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 50, pr. Noobr.-Dezember 51.